Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pf.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 30 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Heß, 630 North 3rd Street.
J. Moll, 1129 Charlotte Str.
Chicago: A. Lauermann, 296 Division Street.
San Franzisco: F. Fuß, 418 O'Farrell Street.
London: Baudiß, 5 Nassau Street, Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 11. Freitag, 26. Januar. 1877.

Abonnements auf den „Vorwärts"

für den Monat Februar zu 55 Pfennig werden bei allen deutschen Postanstalten, für **Leipzig** pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Färberstr. 12 II, unserm Colporteur Moritz Ulrich, Südstr. 12, in den Filialen: Cigarrenladen des Hrn. Peter Krebs, Ulrichsg. 60, und Sattlerwerkst. am Königsplatz 7; für die Umgegend von Leipzig bei den Filialexpeditionen: für **Volkmarsdorf, Neudnitz, Neuschönefeld** ꝛc. bei Frau Engel Neudnitz, Täubchenweg 29, 2 Tr., für **Connewitz** ꝛc. bei Hackert, Kurze Str. 10 part., für **Kleinzschocher** u. Umgegend bei Fleischer, Schloßg. 13 das., für **Thonberg** bei Kirsten, Hauptstr. 7, für **Neureudnitz** bei Zschau, 15 I, für **Plagwitz-Lindenau** bei Frau Gräfenstein, Aurelienstr. 3, für **Gohlis** ꝛc. bei A. Hermsdorf, Lindenthaler Str. 7, für **Stötteritz** bei Grude, An der Papiermühle, angenommen.

Für **Berlin** wird auf den „Vorwärts" monatlich für 75 Pf., frei in's Haus abonnirt, bei der Expedition der „Berliner Freien Presse", Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a, und bei Rubenow, Brunnenstr. 34, im Laden.

Das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist in Gefahr.

I.

Durch den Ausfall der Wahlen sind unsere Gegner, wie wir in voriger Nummer bemerkt haben, vollständig aus dem Häuschen gerathen — die rothe Reaktion blüht und gern und freudig will man opfern das erste Recht des Volkes, das allgemeine, gleiche Wahlrecht auf dem Altar der Macht.

Daß Fürst Bismarck, der Verleiher dieses Rechtes, darüber nicht untröstlich ist, versteht sich von selbst; man kommt ihm eben nur entgegen.

Bei Gelegenheit der Berathung der Strafgesetznovelle hielt Bismarck bekanntlich seine Donnerrede gegen die Sozialdemokratie, und als man ihm trotzdem die verschärften Strafparagraphen nicht bewilligen wollte, bemerkte er, daß er später andere Vorschläge machen würde, von denen er hoffe, daß sie mehr Beifall finden würden.

Daß diese „anderen Vorschläge" zur Gesetzgebung einen Widerspruch in der Bismarckrede bekundeten, liegt auf der Hand; er selbst mußte wenig Vertrauen haben auf seine schon gemachten Vorschläge: bessere Volksschulen, Diskussion mit den Sozialdemokraten und Verbreitung der sozialistischen Presse, damit man ihre Nichtsnützigkeit kennen lerne.

Aber auf einen Widerspruch mehr oder weniger in jener Rede kommt es gar nicht an; es kommt vielmehr darauf an, welche anderen Vorschläge Fürst Bismarck der Gesetzgebung gegen die Sozialdemokratie machen wollte.

Das Strafrecht und die Polizei sind nicht geeignet, Eindruck zu machen; sollte er aber deshalb nicht vielleicht eine Aenderung der Verfassung im Auge gehabt haben?

Wie ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den deutschen Reichstag entstanden?

Fürst Bismarck hat es bei Gründung des Norddeutschen Bundes, seinen Lehrmeister Louis Bonaparte nachahmend, gegen den scheinbar ihm noch feindlichen Liberalismus geschaffen — er hatte dies allerdings nicht nöthig. Der Liberalismus war ja schon zu Kreuze gekrochen und ein Reichstag, auf Grund des Dreiklassenwahlsystems zusammengesetzt, hätte dem Herrn von Bismarck ebenso devot gedient, als die Majorität des jetzigen Reichstages.

Aber Bismarck hatte sich nun einmal geirrt und das napoleonische System war ihm zu lockend — auch konnte er in der Eile bei Gründung des Bundes nicht alle in den Einzelstaaten bestehenden Wahlrechte berücksichtigen und so entstand das allgemeine Wahlrecht.

Einsichtige conservative und liberale Freunde des Herrn von Bismarck warnten damals und verglichen den „großen" Politiker mit dem Göthe'schen Zauberlehrling, der die Geister, welche er gerufen hatte, nicht wieder los werden konnte.

Es geht nun aus dem ganzen Verhalten des Fürsten Bismarck wohl zur Genüge hervor, daß er nicht aus Freiheitsdrang oder um den Forderungen der Arbeiterklasse gerecht zu werden, dies Wahlrecht erließ, sondern daß er dabei nur das Interesse der conservativen Regierung im Auge hatte.

Wenn aber nun das Interesse eben dieser Regierung, da das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht der Freiheit und der Demokratie sich immer mehr förderlich zeigt, nach Bismarck's Ansicht es erheischt, dieses Wahlrecht noch mehr zu beschränken oder ganz aufzuheben, wer wagte dann zu zweifeln, daß eben dieser selbe Herr von Bismarck Vorschläge hierzu machen würde?

Zielten nun darauf seine dunklen Worte hin? Wird er einen Antrag auf Verfassungsänderung schon dem nächsten Reichstage einbringen? Die Möglichkeit ist vorhanden, doch noch lieber wird er sehen, wenn aus der Mitte des Reichstags selbst ein solcher Antrag eingereicht wird. Zunächst allerdings wird man sich von Seiten der Reaktion mit einer Beschränkung des Wahlrechts begnügen.

Das Wahlrecht zum Reichstage ist aber schon sehr beschränkt durch das Wahlgesetz selbst und durch die thatsächlichen Verhältnisse noch mehr. Ist das Wahlrecht allgemein? Nein! Gesetzlich sind alle diejenigen, welche selbst oder deren Familien Unterstützungen aus Staats- oder Gemeindemitteln erhalten, vom Wahlrecht ausgeschlossen; thatsächlich alle diejenigen, welche nicht in die Wahllisten eingetragen sind. Daß ein wohlhabender Mensch leichter die betreffenden Schritte zum nachträglichen Eintragen seines Namens in die Listen thun kann', als ein Tagelöhner, liegt auf der Hand — so ist also schon die Allgemeinheit zu Gunsten der Reichen beschränkt. Nehmen wir dazu das Verbot des Stimmrechts des Militärs, aber das Recht gewählt zu werden, so ist die Gleichheit zu Gunsten der Generale und hohen Offiziere beschnitten. Daß man aber den Wahltag, wie es in Frankreich immer geschieht, nicht auf einen Sonntag verlegt, möchte auch wohl die Gleichheit sehr zu Ungunsten der Lohnarbeiter beeinträchtigen.

Direct ist die Stimmabgabe allerdings — ist sie aber auch geheim? Scheinbar und gesetzlich angeordnet wohl; die vielen Maßregelungen der Arbeiter aber haben uns gezeigt, was wir von dem „Geheimen" zu halten haben, besonders so lange die Wahlvorstände an den einzelnen Urnen lediglich aus der herrschenden Gesellschaft zusammengesetzt sind.

Also haben wir schon ein sehr beschränktes Wahlrecht. Man kann aber dasselbe von einem längeren Aufenthalt am Orte noch abhängig machen, man kann einen bestimmten Steuersatz feststellen und so langsam nach und nach wieder den Geldsack an Stelle des allgemeinen Menschenrechts setzen — man ist dann bald wieder bei dem Classenwahlsystem, dem Ideal unserer Bourgeoisie angelangt.

Aber nicht nur die damalige Rede des Herrn Bismarck und die jetzigen reactionären Bestrebungen aller Parteien lassen in uns die Befürchtung wach werden, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in Gefahr sei, nein, auch in der Zwischenzeit haben sich Stimmen erhoben aus dem liberalen Lager, die darauf hindeuteten. Längst vor den letzten Wahlen deutete in den „Preußischen Jahrbüchern" der Abg. Wehrenpfennig dies an.

Er will zunächst strenge Strafbestimmungen als Gegengewicht gegen die Coalitionsfreiheit der Arbeiter und, falls es dem Socialismus gelingen sollte, eine mächtige Partei im Reichstage zu bilden, möchte er die Axt an die Wurzel der ganzen Bewegung, an das allgemeine und gleiche Wahlrecht legen.

Wenn nun auch die Wurzel des Sozialismus und somit der sozialistischen Bewegung bekanntlich anderswo zu suchen ist, als in dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, so ist dasselbe doch die beste Waffe im Kampfe für die Ausbreitung der sozial-demokratischen Grundsätze und das Entreißen derselben wäre eine schwere Schädigung für uns und für die friedliche Entwickelung des ganzen Volks- und Staatslebens.

Das Fieber, die Axt an den Baum des allgemeinen Wahlrechts zu legen, ist nun überall eingerissen; es werden schon positive Vorschläge gemacht. Einen, den die „Kreuzzeitung" bringt, der aber von mehreren conservativen und liberalen Blättern bejubelt wird, wollen wir unsern Lesern nicht vorenthalten. Der geniale Vorschlag lautet:

„Als Unterlage nehmen wir die bisherige Steuerklasseneintheilung, nur nehmen wir mehr als die bisherigen drei Klassen, also z. B. deren sechs, und geben jedem Insassen der ersten Klasse 6 Stimmen, der zweiten 5 u. s. w. bis zur sechsten mit je 1 Stimme. Dies die Unterlage. Nun treten aber dieser Qualität des rohen Besitzes folgende Eigenschaften rangerhöhend (wenn der Ausdruck hier paßt) hinzu: 1) wer verheirathet ist, also eine Familie begründet hat, 2) wer gedient hat, 3) wer eine autoritative Stellung inne hat, wie z. B. als Bürgermeister, Pfarrer, Richter ꝛc., 4) wer einen Grundbesitz von einer gewissen Größe besitzt: wer eine dieser Eigenschaften besitzt, erhält für jede derselben zu den Stimmen, die er vermöge seiner Steuerstufe in sich vereinigt, noch eine hinzu. Z. B. Einer, der in der vierten Steuerstufe stände und als solcher 3 Stimmen hätte, würde, wenn er Bürgermeister oder Pfarrer oder Richter ꝛc. wäre, 1 Stimme mehr, also 4 bekommen; wäre er außerdem verheirathet und hätte gedient, so erhielte er sogar sechs Stimmen."

Eine Besprechung dieses Vorschlages werden wir in nächster Nummer folgen lassen. Die Ungeheuerlichkeit springt sofort in's Auge; man sieht, daß durch die Resultate der letzten Wahlen eine große Anzahl von Menschen das Bischen politischen Verstand und das Bischen politische Ehre, welches sie noch besaßen, vollends verloren hat.

Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Philosophie.

Von Friedrich Engels.

(Schluß des Artikels VI.)

Von der Astronomie geht unser Wirklichkeitsphilosoph auf die Mechanik und Physik über und beklagt sich, daß die mechanische Wärmetheorie in einem Menschenalter seit ihrer Entdeckung nicht wesentlich weiter gefördert worden sei, als wozu Robert Mayer sie selbst nach und nach gebracht. Außerdem sei die ganze Sache noch sehr dunkel: wir müssen „immer wieder erinnern, daß mit den Bewegungszuständen der Materie auch statische Verhältnisse gegeben sind, und daß diese letzteren an der mechanischen Arbeit kein Maß haben ..... wenn wir früher die Natur als eine große Arbeiterin bezeichnet haben und diesen Ausdruck jetzt streng nehmen, so müssen wir noch hinzufügen, daß die sich selbst gleichen Zustände und ruhenden Verhältnisse keine mechanische Arbeit repräsentiren. Wir vermissen also wiederum die Brücke vom Statischen zum Dynamischen, und wenn die sogenannte latente Wärme bis jetzt für die Theorie ein Anstoß geblieben ist, so müssen wir auch hier einen Mangel anerkennen, der sich am wenigsten in den kosmischen Anwendungen verleugnen sollte".

Dies ganze orakelhafte Gerede ist wieder nichts als der Ausfluß des bösen Gewissens, das sehr wohl fühlt, daß es sich mit seiner Erzeugung der Bewegung aus der absoluten Bewegungslosigkeit unrettbar festgeritten hat und sich doch schämt, an den einzigen Retter zu appelliren, nämlich an den Schöpfer Himmels und der Erden. Wenn sogar in der Mechanik, die der Wärme eingeschlossen, die Brücke vom Statischen zum Dynamischen, vom Gleichgewicht zur Bewegung, nicht gefunden werden kann, wie sollte dann Herr Dühring verpflichtet sein, die Brücke von seinem bewegungslosen Zustand zur Bewegung zu finden? Und damit wäre er dann glücklich aus der Noth.

In der gewöhnlichen Mechanik ist die Brücke vom Statischen zum Dynamischen — der Anstoß von Außen. Wenn ein Stein vom Gewicht eines Centners zehn Meter hoch gehoben und frei aufgehängt wird, so daß er in einem sich selbst gleichen Zustand und ruhenden Verhältniß dort hängen bleibt, so muß man an ein Publikum von Säuglingen appelliren, um behaupten zu können, daß die jetzige Lage dieses Körpers keine mechanische Arbeit repräsentire, oder ihr Abstand von seiner früheren Lage an der mechanischen Arbeit kein Maß habe. Jeder Vorübergehende wird Herrn Dühring ohne Mühe begreiflich machen, daß der Stein nicht von selbst da oben an den Strick gekommen ist, und das erste beste Handbuch der Mechanik kann ihm sagen, daß, wenn er den Stein wieder fallen läßt, dieser im Fallen ebensoviel mechanisches Werk leistet als nöthig war, ihn die zehn Meter hoch zu heben. Selbst die einfache Thatsache, daß der Stein da oben hängt, repräsentirt mechanisches Werk, denn wenn er lange genug hängen bleibt, reißt der Strick, sobald er in Folge chemischer Zersetzung nicht mehr stark genug ist, den Stein zu tragen. Auf solche einfache Grundgestalten, um mit Herrn Dühring zu reden, lassen sich aber alle mechanischen Vorgänge reduziren, und der Ingenieur soll noch geboren werden, der die Brücke vom Statischen zum Dynamischen nicht finden kann, so lange er über hinreichenden Anstoß verfüge.

Allerdings ist es eine harte Nuß und bittre Pille für unsern Metaphysiker, daß die Bewegung ihr Maß finden soll in ihrem Gegentheil, in der Ruhe. Das ist ja ein schreiender Widerspruch, und jeder Widerspruch ist, nach Herrn Dühring, ein Widersinn. Nichtsdestoweniger ist es eine Thatsache, daß der hängende Stein eine bestimmte, durch sein Gewicht und seine Entfernung vom Erdboden genau meßbare, in verschiedner Art — z. B. durch direkten Fall, durch Herabgleiten auf der schiefen Ebene, durch Umdrehung einer Welle — beliebig verwendbare Menge von mechanischer Bewegung vertritt, und eine geladene Flinte ebenfalls. Für die dialektische Auffassung bietet die Ausdrückbarkeit von Bewegung in ihrem Gegentheil, in Ruhe, durchaus keine Schwierigkeit. Für sie ist der ganze Gegensatz, wie wir gesehn haben, nur relativ; absolute Ruhe, unbedingtes Gleichgewicht giebt es nicht. Die einzelne Bewegung strebt dem Gleichgewicht zu, die Gesammtbewegung hebt das Gleichgewicht wieder auf. So sind Ruhe und Gleichgewicht, wo sie vorkommen, das Resultat einer beschränkten Bewegung und es ist selbstredend, daß diese Bewegung an ihrem Resultat meßbar, in ihm ausdrückbar, und aus ihm in einer oder der andern Form wieder herstellbar ist. Mit einer so einfachen Darstellung der Sache darf aber Herr Dühring sich nicht zufrieden geben. Als guter Metaphysiker reißt er zwischen Bewegung und Gleichgewicht zuerst eine in der Wirklichkeit nicht existirende, gähnende Kluft auf und wundert sich dann, wenn er keine Brücke über diese selbstfabrizirte Kluft finden kann. Er könnte ebensogut seine metaphysische Rozinante besteigen und dem Kant'schen „Ding an sich" nachjagen; denn das und nichts Anderes ist es, was schließlich hinter dieser unerfindlichen Brücke steckt.

Aber wie steht's mit der mechanischen Wärmetheorie und der gebundenen oder latenten Wärme, die für diese Theorie „ein Anstoß geblieben" ist?

Wenn man ein Pfund Eis von der Temperatur des Gefrierpunkts und bei Normalluftdruck durch Wärme in ein Pfund Wasser von derselben Temperatur verwandelt, so verschwindet eine Wärmemenge, die hinreichend wäre, dasselbe Pfund Wasser von 0° bis auf $79\frac{4}{10}$ Grad des hunderttheiligen Thermometers, oder um $79\frac{4}{10}$ Pfd. Wasser um einen Grad zu erwärmen. Wenn man dies Pfund Wasser auf den Siedepunkt, also 100° erhitzt und nun in Dampf von 100° verwandelt, so verschwindet, bis das letzte Wasser in Dampf verwandelt ist, ein fast siebenfach größere Wärmemenge, hinreichend, um die Temperatur von $537\frac{2}{10}$ Pfd. Wasser um einen Grad zu erhöhen. Diese verschwundene Wärme nennt man gebunden. Verwandelt sich durch Abkühlung der Dampf wieder in Wasser und das Wasser wieder in Eis, so wird dieselbe Menge Wärme, die vorher gebunden wurde, wieder frei, d. h. als Wärme fühlbar und meßbar. Dies Freiwerden von Wärme beim Verdichten des Dampfs und beim Gefrieren des Wassers ist die Ursache, daß Dampf, wenn er auf 100° abgekühlt, sich erst allmählig in Wasser, und daß eine Wassermasse von der Temperatur des Gefrierpunkts nur sehr langsam sich in Eis verwandelt. Dies sind die Thatsachen. Die Frage ist nun: was wird aus der Wärme, während sie gebunden ist?

Die mechanische Wärmetheorie, nach der die Wärme in einer nach Temperatur und Aggregatzustand größeren oder geringeren Schwingung der kleinsten physikalisch thätigen Theilchen (Moleküle) der Körper besteht, einer Schwingung, die unter Umständen in jede andre Form der Bewegung umschlagen kann, erklärt die Sache daraus, daß die verschwundne Wärme Werk verrichtet hat, in Werk umgesetzt worden ist. Beim Schmelzen des Eises ist der enge, feste Zusammenhang der einzelnen Moleküle unter sich aufgehoben und in lose Aneinanderlegung verwandelt; beim Verdampfen des Wassers auf dem Siedepunkt ist ein Zustand eingetreten, worin die einzelnen Moleküle gar keinen merklichen Einfluß auf einander ausüben und unter der Einwirkung der Wärme sogar in allen Richtungen auseinander fliegen. Es ist nun klar, daß die einzelnen Moleküleines Körpers im gasförmigen Zustande mit einer weit größeren Energie begabt sind als im

flüssigen, und im flüssigen wieder mehr als im festen Zustande. Die gebundene Wärme ist also nicht verschwunden, sie ist einfach verwandelt worden und hat die Form der molekularen Spannkraft angenommen. Sobald die Bedingung aufhört, unter der die einzelnen Moleküle diese absolute oder relative Freiheit gegen einander behaupten können, sobald nämlich die Temperatur unter das Minimum von 100°, beziehungsweise 0° herabgeht, wird diese Spannkraft losgelassen, die Moleküle drängen sich wieder aneinander mit derselben Kraft, mit der sie vorher auseinander gerissen; und diese Kraft verschwindet, aber nur, um als Wärme wieder zu erscheinen und zwar als genau dieselbe Quantität Wärme, die vorher gebunden war. Diese Erklärung ist natürlich eine Hypothese wie die ganze mechanische Wärmetheorie, insofern Niemand bis jetzt ein Molekül, geschweige ein schwingendes, je gesehen hat. Sie ist eben deswegen sicher voller Mängel wie die ganze noch sehr junge Theorie, aber sie kann wenigstens den Hergang erklären, ohne irgendwie mit der Unzerstörbarkeit und Unerschaffbarkeit der Bewegung in Widerstreit zu kommen, und sie weiß sogar genau von dem Verbleib der Wärme innerhalb ihrer Verwandlung Rechenschaft zu geben. Die latente oder gebundene Wärme ist also keineswegs ein Anstoß für die mechanische Wärmetheorie. Im Gegentheil bringt diese Theorie zum ersten Mal eine rationelle Erklärung des Vorgangs fertig, und ein Anstoß kann höchstens daraus entstehn, daß die Physiker fortfahren, die in eine andre Form von Molekularenergie verwandelte Wärme mit dem veralteten und unpassend gewordenen Ausdruck „gebunden" zu bezeichnen.

Also repräsentiren die sich selbst gleichen Zustände und ruhenden Verhältnisse des festen, tropfbarflüssigen und gasförmigen Aggregatzustandes allerdings mechanisches Werk, insofern das mechanische Werk das Maß der Wärme ist. Sowohl die feste Erdkruste wie das Wasser des Ocean, repräsentirt in seinem jetzigen Aggregatzustand eine ganz bestimmte Quantität freigewordner Wärme, der selbstredend ein ebenso bestimmtes Quantum mechanischer Kraft entspricht. Bei dem Uebergang des Gasballs, aus dem die Erde entstanden, in den tropfbar-flüssigen, und später in den großentheils festen Aggregatzustand, ist ein bestimmtes Quantum Molekularenergie in Wärme umgesetzt und in den Weltraum ausgestrahlt worden. Die Schwierigkeit von der Herr Dühring in geheimnißvoller Weise munkelt, existirt also nicht, und selbst bei den kosmischen Anwendungen mögen wir zwar auf Mängel und Lücken stoßen — die unsern unvollkommnen Erkenntnißmitteln geschuldet — aber nirgendswo auf theoretisch unüberwindliche Hindernisse. Die Brücke vom Statischen zum Dynamischen ist auch hier der Anstoß von Außen — Abkühlung oder Erwärmung, veranlaßt durch andre Körper, die auf den im Gleichgewicht befindlichen Gegenstand einwirken. Je weiter wir in dieser Dühring'schen Naturphilosophie vordringen, desto unmöglicher erscheinen alle Versuche die Bewegung aus der Bewegungslosigkeit zu erklären oder die Brücke zu finden, auf der das rein Statische, Ruhende aus sich selbst zum Dynamischen, zur Bewegung kommen kann.

Hiermit wären wir dann den sich selbst gleichen Urzustand für einige Zeit glücklich los. Herr Dühring geht zur Chemie über, und enthüllt uns bei dieser Gelegenheit drei bis jetzt durch die Wirklichkeitsphilosophie gewonnene Beharrungsgesetze der Natur, wie folgt:

1) Der Größenbestand der allgemeinen Materie, 2) der der einfachen (chemischen) Elemente und 3) der der mechanischen Kraft sind unveränderlich.

Also: die Unerschaffbarkeit und Unzerstörbarkeit der Materie sowie ihrer einfachen Bestandtheile, soweit sie deren hat und der Bewegung — diese alten, weltbekannten Thatsachen, höchst ungenügend ausgedrückt — das ist das einzig wirklich Positive, das uns Herr Dühring als Resultat seiner Naturphilosophie der unorganischen Welt zu bieten im Stande ist. Alles Dinge, die wir längst gewußt. Aber was wir nicht gewußt haben, ist: daß es „Beharrungsgesetze" und als solche „schematische Eigenschaften des Systems der Dinge" sind. Es geht uns wieder wie oben bei Kant: Herr Dühring nimmt irgend welche allbekannte Schnurre, klebt eine Dühring'sche Etikette darauf, und nennt das: „von Grund aus eigenthümliche Ergebnisse und Anschauungen ... systemschaffende Gedanken ... wurzelhafte Wissenschaft".

Doch wir brauchen deswegen noch lange nicht zu verzweifeln. Welche Mängel auch die wurzelhafteste Wissenschaft und die beste Gesellschaftseinrichtung haben mögen, Eins kann Herr Dühring mit Bestimmtheit behaupten: „Das im Universum vorhandene Gold muß jederzeit dieselbe Menge gewesen sein und kann sich ebensowenig wie die allgemeine Materie vermehrt oder vermindert haben". Was wir uns aber für dies „vorhandene Gold" kaufen können, das sagt Herr Dühring leider nicht.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— Ueber die „glücklichen" Zustände, welche in Preußen herrschen, gab bei der Budgetdebatte im Abgeordnetenhause der klerikale Abg. Röckerath ein anschauliches Bild, aus welchem wir besonders vorführen, daß im Jahre 1875 in der unteren Klasse 239,330 Exekutionen wegen rückständiger Steuer vollstreckt und davon 124,196 fruchtlos ausgefallen seien; in der höheren Klasse sind 97,516 Exekutionen vollstreckt und fruchtlos sind ausgefallen 27,909. Im Ganzen vollstreckt 403,456, fruchtlos **161,531!!!** Wer nun weiß, daß der Exekutor manchmal die armseligsten Mobilien pfänden muß, der kann das große Elend, welches aus obigen Zahlen uns anglotzt, annähernd ahnen.

— Die Ultramontanen lernen manchmal von uns. Bei Berathung des Budgetpostens in Bezug auf die Ruhmeshalle erklärte Windthorst: „So lange ein Arbeiter hungert — und es hungern jetzt viele — bewillige ich keinen Groschen zu Luxusausgaben, wie dieses eine ist." — Vor circa zwei Jahren schloß der Parteigenosse Hasselmann im Reichstage eine Rede mit fast denselben Worten — man sieht, daß aus den Ultramontanen noch etwas werden kann, daß heißt, so lange sie im Kulturkampf sich befinden.

— Hoch das „freie" Wahlrecht, das eigentlich nicht erst abgeschafft zu werden braucht, sondern an manchen Orten in der Praxis schon abgeschafft ist. In der „Westfälischen freien Presse" lesen wir: „Dortmund, 15. Januar. (Sozialistischer Arbeiter-Wahlverein.) In überfülltem Lokale des Arbeiter-Wahlvereins beim Gastwirth Rellensmann auf dem Berge wurden gestern Nachmittag die am 10. Januar im Wahlkreis Dortmund Mittheilungen der stattgefundenen Ungesetzlichkeiten resp. Wahlbeeinflussungen durch das Büreau entgegengenommen und von den Schriftführern niedergeschrieben. Das gesammte Material ist so reichhaltig, daß die Hälfte desselben schon genügt, die Wahl anzufechten. Der Vorstand des Wahlvereins wird deshalb einen Protest gegen die Gültigkeit der Wahl des Herrn L. Berger beim Reichstag einreichen. Vor Allem haben die Freunde des Herrn Berger in Hörde sich ausgezeichnet. Wie willenlose Sklaven wurden dort die Arbeiter von ihren Meistern (Aufsehern) zur Wahlurne geführt. Vor den Wahllokalen aber hatten sich die Herren mit einer Namensliste ihrer Arbeiter in der Hand aufgestellt, und kontrollirten gewissenhaft oder zählten die Häupter ihrer Lohnsklaven, nachdem dieselben vorher mit Stimmzettel für Berger versehen worden waren. Keiner dieser Aermsten durfte es wagen, vor dem Wahllokal einen Stimmzettel von den dort stehenden Arbeitern, welche Zettel für Tölcke, den Kandidaten der Arbeiter, anboten, entgegenzunehmen. Um aber ihrer Sache ganz sicher zu sein, waren unter andern Personen an der alten evangelischen Schule, in welcher sich zwei Wahllokale befanden, ein paar postirt, welche die Opfer „humaner" kapitalistischer Produktionsweise bis vor den Tisch des Wahlvorstehers führen mußten, um sich zu überzeugen, daß auch der Zettel für Berger seinen Bestimmungsort erreichte. Sodann hat der Bürgermeister in Schwerte sich hervorragend ausgezeichnet, indem derselbe die Arbeiter, welche vor dem Wahllokal mit Stimmzettel für Tölcke standen, einfach verhaften ließ." — — — Hinausweisen der Arbeiter aus den Wahllokalen um 6 Uhr Abends und Auszählungen der Stimmen hinter verschlossenen Thüren, sind zahlreich zu verzeichnen. Ferner sind die Arbeiter von den sogenannten „Gebildeten" nicht allein mit Prügeln bedroht, sondern haben auch solche empfangen. Nach der am Sonntag erfolgten offiziellen Verkündigung waren im Stadt- und Landkreise Dortmund im Ganzen 25,356 wahlberechtigte Einwohner, davon haben gestimmt 22,917. Die Stimmen vertheilen sich wie folgt:

Berger-Horchheim (lib.)	11587
Berger-Witten (lib.)	45
Schröder (ultr.)	7244
Tölcke	3563
Richter (Fortsch.)	379
Zersplittert	87
Ungültig	70

Die absolute Majorität beträgt **11,464**, mithin ist Berger mit ganzen **163** Stimmen Sieger geworden.

Neben dieser Handhabung des sogenannten freien Wahlrechts gehen immer noch Hülferufe der liberalen Presse her, welche gegen dasselbe agitiren. Man motivirt diese Wünsche meistens mit der „politischen Unreife des Volkes", natürlich der „niederen Klassen." Wo aber haben denn die Herren Gegner ihre politische Reife bewiesen? Steht nicht ihr Abgott Bismarck in dem wohlverdienten und durch eigenes Geständniß bestätigten Renommé, von der so wichtigen Nationalökonomie, von Volkswirthschaft wenig zu verstehen? Und wie der Herr, so meist auch die Knechte! Die wenigen Gescheidten haben gewußt; zu ihrem und ihrer Klasse persönlichen Nutzen und Vortheil und auf Kosten des Volkes volkswirthschaftliche Mißgeburten von Gesetzen zu Tage zu bringen, unter deren Fluch die Nation seufzt. Was thun sie denn für die politische Bildung des Volks, sie, die für Volksbildung überhaupt so wenig übrig haben? Nichts, gar nichts!

— Liberale Zeitungsschreiber. Wir haben ein liberales, stark in Culturkampf machendes Blatt vor uns, die Nummer 14 der in Münster erscheinenden „Westfälischen Provinzial-Zeitung". In einem „Leitartikel", überschrieben: „Die Bedeutung der Reichstagswahlen" heißt es da u. A.: „Aber daß die Sozialdemokraten so viele neue Sitze erobern, daß sie in verdoppelter Anzahl in den Reichstag zurückkehren würden, dies hätte doch Niemand erwartet" u. s. w. Auf der zweiten Seite aber wird unter Berlin, den 15. Januar, berichtet: „— — die Sozialdemokraten haben Aussicht, nur sieben Sitze zu erhalten und es erscheint sehr zweifelhaft, ob bei den 16 engeren Wahlen, in denen die Sozialdemokraten den Nationalliberalen oder Fortschrittlern gegenüberstehen, mehr als der vierte Theil den Sozialdemokraten zufallen wird" ꝛc. Dieser letzte Artikel schließt: „Das Wahlresultat darf daher, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Wahlsiege, als ein zufriedenstellendes betrachtet werden". Was doch so ein gedankenloser Culturkampf-Redukteur in einem Athem sich gegenseitig widersprechendes Zeug zu Tage fördern kann! Auch ein „Held des Geistes"!

— Sozialdemagogen nennt uns die fortschrittliche „Volkszeitung". Wir finden nun in einem nationalliberalen Parlamentsbericht, welcher von der Präsidentenwahl des preußischen Abgeordnetenhauses handelt, folgende niedliche Stellen: „Innerhalb der Fortschrittspartei standen sich eine friedliche und eine kriegerische Richtung gegenüber. Die letztere, durch die demagogischen Heißsporne geführt, wollte an Hänel festhalten und wollte, statt den Nationalliberalen nachzugeben, lieber eine Coalition mit den Ultramontanen versuchen. Hätte diese Ansicht gesiegt, so hätte die Fortschrittspartei sich damit wohl ihr eigenes Grab gegraben. Zum Glück gewann innerhalb der Partei die verständigere Ansicht die Oberhand; man beschloß Herrn Hänel fallen zu lassen, und statt seiner Herrn Kloß zu präsentiren, welcher den Nationalliberalen „genehm" war." — Und zum Schluß heißt es: „Wir wollen nun hoffen, daß dieser Vorgang dazu beitragen möge, ein besseres Verhältniß zwischen den beiden großen liberalen Fraktionen wieder anzubahnen. Dazu ist aber nothwendig, daß die Fortschrittspartei sich nicht wieder von der demagogischen Berliner Clique dominiren läßt." — Die „Volkszeitung" gehört natürlich auch zur „demagogischen Berliner Clique", sie mag sich das merken — ihr lügnerisches Treiben hat allerdings einen scharfen demagogischen Beigeschmack.

— Ein reizendes Geschenk hat uns unser „Erbfreund" gemacht. Die Rinderpest, welche in Schlesien, Berlin und Altona auftritt, ist aus Rußland nach Roßbach bei Beuthen übertragen worden. Die Sozialisten in Holstein aber können dem Erbfreund noch zu besonderen Dank verpflichtet sein, da der Rinderpest wegen in mehreren Orten die Versammlungen verboten werden.

— Das Reichsgesundheitsamt hat den Physikus Herrn Dr. Hirt, Privatdocent an der Breslauer Universität, nach England auf Reisen geschickt, um Studien über die Krankheiten der Arbeiter anzustellen. Aber warum in die Ferne schweifen, wo das „Gute" so nahe liegt? Das Reichsgesundheitsamt hätte sich doch gewiß weit bequemer über die Krankheiten der Arbeiter informiren können, wenn es z. B. in Oberschlesien Studien über den Hungertyphus anstellen ließe, der ja ganz ausschließlich eine Arbeiterkrankheit ist. Nach Art tüchtiger Hauswirthe sollte man erst den berghohen Unrath vor dem eigenen Hause beseitigen ehe man sich um den Schmutz der Nachbarn bekümmert.

— Märchen hat wieder einmal geflunkert. Der „Correspondent für Buchdrucker" schreibt: „Nach der „Vossischen Zeitung" hat Dr. Max Hirsch in einer Berliner Wählerversammlung sich wie folgt geäußert: Er (Hirsch) habe nicht nur daran gearbeitet, den Frieden zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, sondern es sei ihm dies auch zum Theil thatsächlich gelungen, z. B. mit dem Einigungsamte der Berliner Buchdrucker. — Abgesehen davon, daß ein solches Einigungsamt gar nicht existirt, so ist uns auch sonst nichts davon bekannt, daß Hr. Dr. Hirsch in irgend einer Weise sich um die Einigung der Buchdrucker bekümmert hätte, wir haben vielmehr Grund zu der Vermuthung, daß er das Gegentheil gethan, was bei der Stellung des Ge-

Herr v. Puttkammer.

(Schluß statt Fortsetzung.)

Ehe wir in der Darstellung der Ereignisse fortfahren, wollen wir noch auf die Unterschiede aufmerksam machen, welche nach dem Landrecht zwischen Wahnsinn und Blödsinn bestehen. Nach § 27 Tit. 1 Theil 1 L. R. heißen Rasende und Wahnsinnige diejenigen, welche des Gebrauchs ihrer Vernunft gänzlich beraubt sind. Nach Paragraph 28 sind Blödsinnige diejenigen, welchen das Vermögen mangelt, die Folgen ihrer Handlungen zu überlegen. Es frägt sich, wie sich die beiden Kategorien von einander unterscheiden. Rasende und Wahnsinnige sind ohne Vernunft; wer die Folgen seiner Handlungen nicht zu überlegen vermag, ist auch unvernünftig und wenn sich diese Unvernunft auf alle seine Handlungen erstreckt — im Sinne des Gesetzes blödsinnig. Ohne Vernunft sind also beide Kategorien, und das unterscheidende Merkmal beider dürfte nur in der Gemeingefährlichkeit zu suchen sein, die bei den Rasenden und Wahnsinnigen in der Regel vorhanden ist, bei den Blödsinnigen aber in der Regel fehlt. Die Juristen im Lieh'schen und Puttkammer'schen Prozeß sehen sich ärztlichen Gutachten gegenüber, welche den Provokaten, um mit Prof. Meyer zu reden, nur für partiell verrückt erklären, d. h. die betreffenden Personen sollen verrückt, dabei aber auch wieder gesund sein können. Die Juristen suchen diese Art Verrücktheit mit den Bestimmungen des Landrechts zu vereinbaren. Sie folgern: Schon im Gegensatz zu den Wahnsinnigen des § 27 sei den Blödsinnigen nicht gänzlicher Mangel des Verstandes abzusprechen. Es genügt ihnen von diesem Gesichtspunkte aus, wenn einem Menschen auch nur in einem einzigen Punkte das Vermögen abgesprochen wird, die Folgen seiner Handlungen zu überlegen. Er kann im Uebrigen ganz gesund sein, sich durch scharfes Denken auszeichnen, nach dem Gesetze ist er als — blödsinnig zu erachten. — Das ist offenbar eine eigenthümliche Auslegung des Landrechts. Sie hätte einen Sinn, wenn die Vormundschaft, welche über einen solchen Blödsinnigen verhängt wird, auch nur eine partielle wäre. Sie erstreckt sich aber auf das gesammte Handeln. Der Blödsinnige wird aus der bürgerlichen Gesellschaft vollständig ausgeschlossen, und das setzt auf der anderen Seite doch wieder mit Nothwendigkeit die Annahme voller Vernunftslosigkeit voraus.

Fahren wir nun mit unseren Auszügen aus dem Erkenntnisse fort.

„Der Bruder des Herrn v. Puttkammer bestritt," wie das Erkenntniß ausführt, „die Behauptung der Provokation, suchte sie im Einzelnen zu widerlegen und gab nur zu, daß Provokat in hohem Grade und durch geringfügige Ursachen erregbar sei und leicht in Anschauungen und Handlungsweisen verfalle, die man im täglichen Leben als Excentricitäten bezeichne, und daß dies zeitweise in so hohem Grade hervortrete, daß seine Zurechnungsfähigkeit, wenn nicht ausgeschlossen, so doch jedenfalls gemindert erscheine, daß daher objektiv strafbare Handlungen ihm nicht zugerechnet werden könnten. Den Mangel der civilrechtlichen Geschäftsfähigkeit stellte er in Abrede und nahm auf das Gutachten eines alten Bekannten des Provokaten des Dr. Höppner Bezug."

Wir vermögen nicht zu beurtheilen, in wie weit der Bruder des Herrn v. Puttkammer dem Gerichte als Beamter entgegen gekommen ist. Sein Zeugniß, daß sich auf langes Zusammenleben gründete, wiegt aber das des Doktors Friedel in reichstem Maße auf, und es ist von um so höherer Bedeutung, als der Appellationsgerichtsrath v. Puttkammer keine Ahnung von der Dehnbarkeit der vorerwähnten Landrechtsartikel besitzt und die verminderte Zurechnungsfähigkeit durchaus nicht als Beweis für den Blödsinn annahm. Das Kammergerichtserkenntniß eilt sehr flüchtig über diesen leichten Punkt hinweg und registrirt nur: „aber auch der Bruder hatte keinen Einfluß auf den Provokaten." Als ob es sich darum gehandelt hätte, auf diesen irgend einen Einfluß zu üben! „Derselbe weigerte sich hartnäckig, auch aus dessen Händen seine Militärpension in Empfang zu nehmen, so daß der vorhandene Betrag schließlich aus schonender Rücksicht auf den Gemüthszustand des Provokaten an die Militär-Pensionskasse zur Auszahlung zurückerstattet wurde, nachdem Provokat deshalb verschiedene Prozesse gegen das deutsche Reich vergeblich angestellt hatte."

Man hätte unseres Erachtens die „schonende Rücksicht" am besten dadurch geübt, daß man Herrn v. Puttkammer in Frieden gelassen hätte. Thatsache ist hier, daß der Provokat einen Erfolg erzielte, er hatte es bestritten, daß seine Pension von irgend einer Behörde mit Beschlag belegt werden könnte, und seiner Auffassung mußte schließlich Recht gegeben werden. Das Gericht will dieses Faktum zwar nicht anerkennen, indem es bemerkt, daß die vom Provokaten angestrengten Prozesse vergeblich gewesen sind. Wir behaupten aber, daß die Zurückweisung dieser Prozesse nur aus dem Grunde, weil gegen den Kläger das Blödsinnigkeitsverfahren eingeleitet worden war, erfolgt ist.

Der Bruder des Provokaten „legte schließlich, nachdem er angezeigt, daß ein schriftlicher Verkehr mit seinem Bruder bei dessen Geistesbeschaffenheit zu den Unmöglichkeiten gehöre, die Kuratel nieder und wurde im weiteren Verlaufe des Verfahrens Rechtsanwalt Gerlach zum Kurator verpflichtet."

Wir bemerken hierzu, daß Herr v. Puttkammer sich gegen seinen Kurator consequent ebenso ablehnend verhielt wie gegen das Blödsinnigkeitsverfahren im Allgemeinen. Die „Geistesbeschaffenheit" darf natürlich nicht, wie man aus dem Wortlaute des Erkenntnisses entnehmen könnte, auf Geisteskrankheit zurückgeführt werden, sondern nur auf die große Erregtheit des Herrn v. Puttkammer, über deren Ursachen die Leser hinlänglich unterrichtet sind.

Am 13. Juni 1871 war das Stadtgericht Berlin um Abhaltung des Explorationstermins ersucht. Am 23. September 1871 erschienen Gerichtspersonen und Aerzte in seiner Wohnung Mittelstraße 5, die Wirthin erklärte: der Rittmeister v. Puttkammer wohne bei ihr, sei aber seit einigen Tagen nicht zu Hause gewesen und habe bei seinem letzten Dortsein ausdrücklich erklärt, er werde zum Termin erscheinen. „Er selbst protestirte in einer weitläufigen Eingabe gegen das ganze Verfahren, weil es zu Unrecht eingeleitet sei und erklärte, es ignoriren zu wollen."

Gericht und Aerzte, welche sich bisher als so aufmerksame Leser gezeigt, sagen uns auffallender Weise nichts Näheres über diese Eingaben. Da sie sich mehr oder weniger auf juristischem Boden bewegte, hätte sie doch eine schneidige Waffe gegen v. Puttkammer gebildet, wenn sich daraus — seine Blödsinnigkeit hätte folgern lassen.

nannten zu Hrn. Franz Duncker, einem der Unterzeichner des „Entweder — Oder", übrigens nicht überraschen kann."

— Aus Netzschkau wird uns geschrieben: „Die Geschäftskrisis macht sich hier in der Weberbranche immer fühlbarer. Nicht allein, daß viele Webstühle seit geraumer Zeit ganz leer stehen, jetzt werden selbst alte Arbeiter abgelohnt und ganze Weberfamilien sind brodlos. Dieser faule Geschäftsgang gab nun hiesigen sowie Reichenbacher Fabrikanten Gelegenheit, ihre Wuth über die Reichstagswahl auszulassen, indem sie einestheils Parteigenossen ohne Arbeit lassen, anderntheils auch die Stirne hatten, zu ihren Arbeitern zu sagen: Lassen Sie sich Arbeit von Auer geben. Es hilft den Herren aber Nichts. In unserem materialistischen Zeitalter hat sich eben das Wort: „Noth lehrt beten", in: „Noth lehrt sozialistisch wählen", umgewandelt! — Arbeit und Brot verlangt der Hungernde, Steine werden ihm geboten!

— Freie Wahl. In Atzenbach (Wahlkreis Waldshut, badisches Oberland) wurden in der Aktien-Spinnerei die Arbeiter am Wahltag auf das Bureau gerufen, wo ihnen der Direktor Trescher ein Langes und Breites über die Erhabenheit des Nationalliberalismus vormachte und die Arbeiter aufforderte, für den liberalen Candidaten Hebting, Weinhändler aus Freiburg, zu stimmen. Damit sie aber gewiß waren, daß die Arbeiter für den liberalen Candidaten stimmten, stand ein Controleur und der Meister außen vor der Thür des Wahllokals und händigte ihnen die Hebting-Wahlzettel ein, und innerhalb der Thüre stand der Direktor, welcher aufpaßte, daß seine Stimmzettel ja abgegeben wurden. — Nun, infolge solchen Verfahrens ist es den Liberalen möglich geworden, ihren Candidaten durchzubringen.

— In dem böhmischen Eisenwerk des Dr. Strousberg, Schatzlor, striken 700 Arbeiter wegen Nichtbezahlung des Lohnes. Diese verfluchten aufgehetzten Arbeiter, wie können sie wohl wegen solcher Lappalie sofort den Strike proklamiren: sie würden doch viel braver sein, wenn sie ihren edlen Arbeitgebern gegenüber tüchtig Hunger litten und dennoch flott darauf los arbeiteten.

— Zur Arbeiterbewegung in Italien. Der italienische Buchdruckerverband hat durch sein Centralcomité ein Schreiben an das Parlament gerichtet, in welchem um Erlaß eines Gesetzes zur Regelung der Lehrlings- resp. Kinderarbeit petitionirt wird. Als Grundlage werden folgende Bestimmungen empfohlen: 1) Aufnahme der Lehrlinge nicht unter 14 Jahren und nur gegen Beibringung eines ärztlichen Gesundheits-Attestes sowie eines Befähigungsnachweises; 2) Arbeitszeit in den ersten 2 Jahren nicht über 8, in den folgenden Jahren nicht über 10 Stunden täglich bei mindestens 2stündiger Mittagsruhe; 3) Verbot jeglicher Nacht- und Sonntagsarbeit; 4) Eintheilung der Arbeitszeit derart, daß den Lehrlingen der Besuch von Privatschulen ermöglicht werde.

— Auf der Conferenz zu Konstantinopel kam ein höchst interessanter Zwischenfall vor. Der französische Gesandte von Chaudordy ließ eine lange Tirade über die Gräuel von Bulgarien los; der türkische Minister Edhem Pascha aber warf dem Herrn als Erwiederung die Dragonaden, die Bartholomäusnacht und die Versailler Gräuel gegen die Commune vor. Man sieht also, daß der Türke als Regierungsvertreter mit großem Rechte zu den französischen Regierungsvertreter sagen konnte: „Seht, wir Wilden sind doch bessere Leute". Die französische Regierung als Vertreterin einer hochcivilisirten Nation hat jedenfalls durch die Ermordung der Communemitglieder und deren Anhänger eine viel ruchlosere That begangen, als die türkische Regierung als Vertreterin einer halbcivilisirten Nation durch die Gräuel in Bulgarien. Gut war's, daß Edhem Pascha dem französischen Moralprediger solche treffende Antwort gab; der Vertreter der Republik, deren Boden noch von dem Blute der hingemordeten Brüder dampft, hatte wahrlich kein Recht zu irgend einer Moralpredigt.

— In Petersburg sind kürzlich wieder massenhaft Verhaftungen vorgenommen worden. Man will wieder communistischen Verschwörungen auf die Spur gekommen sein. — Bei der Stellung Rußlands der Türkei gegenüber sind solche Vorkommnisse allerdings und glücklicherweise äußerst unbequem.

— Der frühere verantwortliche Redakteur des „Volksstaat", Jakob Marbach, ist wegen diverser Preßvergehen zu vier Monaten Gefängniß und 200 Mark Gefängnißstrafe verurtheilt worden.

— Aus Gent erhalten wir nachstehende Zuschrift:

Internationale Arbeiter-Assoziation.
Abtheilung Gent (Belgien).

Glückwunsch an die deutschen Brüder!

Durch den „Vorwärts" haben wir den Bericht empfangen von Euren großen Siegen. Die ganze arbeitende Bevölkerung von Gent gab im lauten Jubel seiner Freude Ausdruck. Am Abend des 15. Januar hatte die Gent'sche Abtheilung der internationalen Arbeiter-Assoziation eine große Manifestation; mehr wie 5000 Arbeiter nahmen Theil an derselben. Die große Menge begab sich, mit der rothen Fahne an der Spitze, nach dem riesenhaften Parnassus-Saal, wo eine Massenversammlung stattfand. Das Wahlresultat wurde aus dem „Vorwärts" in vlämischer Sprache übersetzt und der Versammlung mitgetheilt; bei den sozialistischen Candidaten, die eine große Zahl von Stimmen erhalten hatten, brach stürmischer Beifallsjubel los. Der Referent E. van Bevieren sprach über das Wirken der deutschen Sozialdemokratie und sagte, daß der Weg, auf welchem die Brüder in Deutschland marschiren, auch für die Arbeiter Belgiens der beste sei. Folgende Resolution wurde unter donnerndem Applaus angenommen: Die Arbeiter von Gent, auf einem Meeting versammelt, erklären sich mit dem Wirken der Sozialdemokratie in Deutschland einverstanden und wünschen, daß sie fortfahren möge, die Vorleuchterin auf der Bahn der Menschenbefreiung zu sein! Wir Arbeiter Belgiens wollen uns beeifern, dem Beispiel der deutschen Brüder zu folgen und hoffen, sobald wir das allgemeine Stimmrecht erobert haben, auch mit der Bourgeoisie hier den Kampf zu bestehen. Die Versammlung wurde geschlossen unter tausendfachem Hochruf auf den Sozialismus und die deutschen Brüder.

Gent, 17. Januar 1877.

Mit sozialdemokratischem Handschlag und Gruß
Im Namen der Gent'schen Abtheilung der internationalen Arbeiter-Assoziation:
Paul de Witte. Paul Verbauwen.
Eduard Anseele. Edmond van Beveren.

— Wir erhalten folgende Mittheilung aus Lissabon, d. d. 14. Januar 1871:

„Genossen! Der Centralrath der Arbeiterpartei nimmt Theil an allen sozialistischen Arbeiterassoziationen, dergestalt, daß am 2., 3. und 4. kommenden Monats der erste sozialistische Arbeitercongreß in Lissabon stattfinden wird.

Brüderlichen Gruß!

Im Namen des Centralcomités:
Azedo Guecco."

— Verurtheilungen und Prozesse. Unser Chemnitzer Parteiblatt schreibt vom 22. Januar: Die Wahlen sind vorüber, die Reaktionäre geschlagen — nun werden wir aber wieder geschlagen. Heute Vormittag wurde unser Mitredakteur Max Kegel wegen des von ihm verfaßten Gedichtes „Leichenpfändung" („Raketen" vom 30. Juli) zu einem Monat Gefängniß verurtheilt. Dieselbe Strafe traf wegen desselben Gedichts den damals verantwortlichen Redakteur Bruno Looff. Im Urtheil waren als strafmildernd die allerdings „eigenthümlichen Umstände" hervorgehoben, die bei der betreffenden Pfändung obgewaltet haben. Es ist von Kegel sofort Einspruch erhoben worden. Zu derselben Zeit hatte heute Vahlteich in Mittweida Termin wegen angeblicher „Majestätsbeleidigung" und „Richterbeleidigung", welche Verbrechen er in einer Rede begangen haben soll, die er in einer hiesigen Volksversammlung über die weltberühmten Urtheile gegen Saevecke gehalten. Wie man aus der betreffenden Rede Majestäts- und Richterbeleidigung herausfinden konnte, ist uns Sterblichen unbegreiflich, doch — wir werden ja sehen. — Das ist aber noch nicht Alles, denn gleichzeitig trafen heute Vormittag Vorladungen ein für Franz Petzold zu einer Vernehmung, und für Kegel zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung, die am 3. Februar Nachmittags 3 Uhr gegen ihn stattfindet in der charakteristischen Klagsache des „gesammten Personals" von J. C. F. Pickenhahn. Hoffentlich erscheinen auch die Ankläger, damit man wenigstens sieht, mit was für Leuten man es zu thun hat, und wer die Arbeiter sind, welche sich an der kriminellen Kulturarbeit gegen die Sozialdemokraten betheiligen.

Correspondenzen.

Berlin, 18. Januar. Die Erfolge unserer Partei bei der Wahl hat ganz Berlin in eine Aufregung versetzt, welche theilweise jetzt noch anhält. Berlin ist seit dem 10. Januar für die Fortschrittspartei verloren und gehört von nun an der Sozialdemokratie. Was ich Ihnen in meiner vorigen Correspondenz über den voraussichtlichen Ausfall der Wahlen mittheilte, hat sich vollständig erfüllt. In zwei Wahlkreisen, den 4. und 6. haben wir gesiegt, und im 3. wollen wir siegen, zum 26. ds., dem Termin der Stichwahl. Nur in einem einzigen, dem 5. Wahlkreise brachte die Fortschrittspartei ihren Candidaten Duncker durch, in den übrigen drei Kreisen, den 1., 2. und 3. kommt sie in die engere Wahl. Im 1. steht dem „großen" Max Hirsch Forkenbeck gegenüber, im 2. Klotz ebenfalls Forkenbeck und im 3. Rackow dem Nürnberger Bezirksrath Herz. Max Hirsch fällt im 1. Wahlkreis durch, weil hier die Sozialdemokraten ausschlaggebend sind, im 2. dürfte Klotz gewählt werden und im dritten unser Parteigenosse Rackow. Wenn er auch jetzt bei der Stichwahl unterliegen sollte, dann ist immer noch Aussicht, ihn bei der Nachwahl durchzubringen, da Herz bereits anderswo gewählt ist und angenommen hat und bei dieser Annahme beharren wird. Im Ganzen sind hier von 171,000 eingeschriebenen Wählern 80,000 Stimmen abgegeben worden. Wir bekamen 32,000, die Fortschrittler 32,000, die Nationalliberalen 11,000, Zünftler 4000, Ultramontane und Conservative 1000 Stimmen. Bei der vorigen Reichstagswahl hatten wir 13,000 Stimmen zu verzeichnen, so daß die Anhänger der Sozialdemokratie um mehr als 140 pCt. gewachsen sind. Das genaue Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkreise ist folgendes:

1. Wahlkreis: für Most 1173, v. Forkenbeck 3074, Hirsch 2721 und Birberg (Zünftler) 629.
2. Wahlkreis: für Baumann 3960, Klotz 5305, v. Forkenbeck 4305, Bierberg 403, Schorlemer-Alst 104.
3. Wahlkreis: für Rackow 3991, Herz 5828, v. Forkenbeck 1589, Brandes 1089, Schorlemer-Alst 100.
4. Wahlkreis: für Fritzsche 10,769, Eberty 7001, v. Forkenbeck 92, Brandes 1132, Schorlemer-Alst 188.
5. Wahlkreis: für O. Kapell 2032, Duncker 4465, v. Forkenbeck 401, Bierberg 289, Schorlemer-Alst 91.
6. Wahlkreis: für Hasenclever 9569, Banks 6856, Borsig 2180, Brandes 344, Schorlemer-Alst 101.

Am besten hat der 4. Wahlkreis für uns gewählt, indem Fritzsche über 2000 Stimmen Majorität erhielt. Der heftigste Wahlkampf war im 6. Die Gegner, wohl im Voraus bewußt, daß es ein Kampf um ihre Existenz war, griffen in ihrer Verzweiflung zu den schlechtesten Waffen. Fluglätter der gemeinsten Art, voll der abscheulichsten Verleumdung und Lüge wurden massenhaft verbreitet, die Arbeiter zu beeinflussen gesucht, kurz um kein Mittel, und mochte es noch so niedriger Natur sein, unterlassen. Noch in zwölfter Stunde bewerkstelligte man die Candidatur Borsig's, um wenigstens eine Stichwahl herbeizuführen und hierbei calculirte man nicht so schlecht. Man wollte auch denjenigen Wählern Gelegenheit geben, ihre Stimmen auf einen Gegner Hasenclever's zu vereinigen, welche nimmermehr einen Banks gewählt hätten, weil dessen Hamburger Erbschaftsgeschichten auch hier bereits ruchbar geworden waren. Die Candidatur des Geheimen Commerzienraths Borsig schien außerdem noch dadurch recht wirksam zu sein, als er einer der größten Arbeitgeber Berlins ist, vielleicht der größte, und seine Fabriken im 6. Wahlkreis liegen. Auch die Polizei arbeitete in einer auffallenden Weise gegen uns. Ich war selbst am Mitwoch früh, dem Wahltag, Augenzeuge, wie von den Gegnern bezahlte Personen mit einem spitzigen Instrument von Haus zu Haus gingen, um von den Anschlägen den Namen Hasenclever auszukratzen. Polizeichikanen an den verschiedensten Stellen kamen vor. Jetzt nach der Wahl sucht man an den Arbeitern die kleinlichste Rache zu nehmen. Bei Schwarzkopf (Filiale) wurden 15 Mann entlassen, mit dem Bemerken, sich bei Hasenclever Arbeit geben zu lassen. Bei Borsig in der Seehandlung wurden Lohnabzüge gemacht mit demselben Bemerken, wem's nicht gefalle, der solle zu Hasenclever gehen. Doch damit schaden sich nur die Gegner selbst. Das Berliner Proletariat läßt sich durch elende Machinationen nicht vom Wege zur Gerechtigkeit und Freiheit abbringen, es wird muthig weiter zu kämpfen wissen. Zur Stichwahl zum 26. ds. ist unsere Parole: Halb Berlin muß unser sein, und zur künftigen Reichstagswahl: Ganz Berlin muß unser sein!

C. U.

Dortmund, 16. Jan. (Situationsbericht.) Vorläufig ist hier die Wahlhandlung als beendet zu betrachten, da schwerlich im hiesigen Kreise trotz der massenhaften und unerhörten Wahlbeeinflussungen eine Neuwahl stattfinden wird. Die Agitation war von sämmtlichen Parteien die lebhafteste, welche bis jetzt dagewesen ist, und wir können, wenngleich der lebhafte Wunsch vorhanden war, unsern Kandidaten Tölcke wenigstens in die engere Wahl zu bringen, dennoch mit dem Resultat zufrieden sein. Bei der vorigen Reichstagswahl 1874 erhielt Tölcke nur 1227 Stimmen im Stadt- und Landkreis Dortmund, während er diesmal es auf 3563 Stimmen brachte, mithin ein Zuwachs von fast 200 Prozent erreicht wurde. Das vorige Mal erhielt er Stimmen in Dortmund 805 — und diesel Mal 1610. — Auf dem Lande wurden 1874 nur 422 Stimmen abgegeben, diesmal haben wir vom Lande 400 mehr gewonnen. Die übrigen Parteien haben sich eigentlich gar keines Zuwachses zu erfreuen. Der Kompromissethäter L. Berger erlangte nur eine Majorität von 163 Stimmen, ein klägliches Resultat! und welcher Mittel mußten sich die Nationalliberalen bedienen, um nur mit Ach und Krach durchzukommen! Die Ungesetzlichkeiten und Wahlbeeinflussungen gegen die Wählerschaft, aber namentlich gegen die armen Bergleute auf dem Lande sind fast grenzenlos; so daß von den beiden Oppositionsparteien fast gleichzeitig beschlossen wurde, die Wahl anzufechten. Das Häuflein Fortschrittspartei, 379 Stimmen, hat sich blamirt, und sitzt im Mauseloch. — Die ehemaligen, so großmäuligen Liberalen aber sind Angesichts der Erfolge, welche die Arbeiterpartei erreicht, wie vor den Kopf geschlagen, und schleichen einher wie begossene Pudel! ihr Gewissen, wenn ein solches vorhanden, schlägt, denn sie sind dennoch nicht sicher, daß die Wahl für ungültig erklärt werden könnte. — In den zahlreichen Versammlungen, welche wir vom Dezember bis zur Wahl abgehalten, und welche sich des besten Zuspruchs erfreuten, haben trotz wiederholter Einladung zur Diskussion die Gegner es nicht gewagt uns gegenüber zu treten. Nunmehr lassen dieselben aber ihren Zorn die armen Bergleute fühlen; mit welchem Erfolg wird die Zukunft lehren. An denjenigen Orten, wie in Marten, Aplerbick, Sölde, Hörde rc. rc., wo ein fester Stamm von Parteigenossen sich gebildet hat, haben zahlreiche Kündigungen stattgefunden. Die auf diese Weise arbeitslos gemachten Bergleute wandern nun umher und predigen das Evangelium der Sozialdemokratie. So wird die Zahl der Agitatoren durch die Gegner selbst vermehrt und gerade Dasjenige großgezogen, was die mit Blindheit Geschlagenen unterdrücken und vernichten wollen! —l.

Marburg, 15. Januar. Die Wahl ist vorüber, die sozialdemokratische Partei ist im hiesigen Wahlkreise der großen Uebermacht der Gegner erlegen. Es hatten sich Nationalliberale, Conservative und Fortschrittler geeinigt und den Regierungspräsidenten v. Ende in Kassel als Candidaten aufgestellt (welcher

---

„Eine Auskunft des Einwohner-Meldeamts ergab, daß v. Puttkammer am 8. März 1869 nach Gräfenberg in Böhmen abgemeldet, seitdem aber nicht wieder angemeldet war. Ein neuer auf den 1. Dezember 1871 anberaumter Explorationstermin wurde gleichfalls frustrirt, indem der Verwalter des Hotel garni, Mittelstraße 5, Namens Kubig, erklärte, der Rittmeister v. Puttkammer sei Tags vorher ohne Angabe wohin verzogen." — Das Erkenntniß giebt uns kein Datum der polizeilichen Auskunft, sie scheint aber im September oder November 1871 ertheilt zu sein. Wir lassen ein polizeiliches Attest vom 4. August 1876 folgen:

„ad 14,022,276. Der pensionirte Rittmeister Waldemar v. Puttkammer war nach Inhalt der eingegangenen Meldung vom 31. März 1871 bis zum 1. Mai 1874 Mittelstraße 5 bei Herbst angemeldet."

Auch bei der Anzeige des Hausverwalters erhalten wir kein Datum! Herr v. Puttkammer besitzt übrigens eine Bescheinigung der Polizei darüber, daß seine Meldung bereits am 24. März erfolgt ist, worauf er namentlich seinen Einwand begründete, daß nur das Stadtgericht Berlin zur Führung des Prozesses competent sei.

„Durch das geflissentliche Verhindern einer Untersuchung seines Gemüthszustandes, und da die Irrenanstalten sich weigerten, den unheilbaren Kranken aufzunehmen, verstand es Provokat, das Verfahren Jahre lang fruchtlos hinzuziehen, bis endlich in Folge neuerer Drohungen, welche die Gemeingefährlichkeit des Provokaten zu ergeben schienen, auf Anregung des Königl. Kammergerichts das Königl. Polizeipräsidium sich veranlaßt sah, den Provokaten als Polizeigefangenen in die Charité unterzubringen."

Durch Attest des Prof. Dr. Westphal vom 22. November 1873 wurde er abermals für unheilbar blödsinnig erachtet und am 6. Dezember 1873 nach der städtischen Irrenpflegeanstalt übersiedelt, dessen Dirigent, Dr. Ideler, sich in einem Atteste vom 23. Dezember 1873 dahin aussprach, daß der Rittmeister v. Puttkammer als geistesgestört zu erachten sei und von Wahnvorstellungen beherrscht werde. Da er ihn nicht als gemeingefährlich erachtete, erfolgte am 25. Dezember 1873 die Entlassung zu seiner Ehefrau."

Hatte Dr. Ideler die Angelegenheit des sog. Provokaten studirt?

„Da seitens der Ehefrau keine Schritte zur Unterbringung gethan oder auch nur beabsichtigt wurden, so erhielt nach mehreren Monaten der Stadtphysikus Dr. Knoblank seitens des Königl. Polizei-Präsidiums den Auftrag, den Zustand des v. Puttkammer einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen, deren Resultat die Feststellung der Gemeingefährlichkeit des letzteren, zwar nicht in Ansehung des augenblicklichen Verhaltens, wohl aber der Möglichkeit bez. Wahrscheinlichkeit gemeinschädlicher Aeußerungen der Wahnideen des Kranken gewesen ist. In Folge dessen wurde v. Puttkammer im April 1874 anderweitig in der Irrenanstalt des Dr. Edel in Charlottenburg untergebracht."

Das augenblickliche Verhalten v. Puttkammer's läßt eine Gemeingefährlichkeit nicht annehmen, aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen! Deshalb muß er dann wieder in eine neue Irrenanstalt. — Und weiter! Besaß denn die Ehefrau eine Pflicht, ihren Mann irgendwo unterzubringen? War sie denn dazu überhaupt aufgefordert worden?

„Während seiner Detention in der städtischen Irrenpflegeanstalt hat am 11. Dezember 1873 der Explorationstermin mit dem Provokaten stattgefunden."

— Folgenden Steckbrief enthält der „D. Reichs-Anz.": „Graf Gebhard Friedrich Ludwig Adam von Blücher, geboren zu Gottaun, Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, zuletzt Badinspektor der Soolbäder-Aktiengesellschaft zu Kreuznach, gegen welchen wegen Betrugs gerichtlicher Vorführungsbefehl erlassen ist, und welcher außerdem der Urkundenfälschung dringend verdächtig, ist flüchtig. Sämmtliche Polizeibehörden werden ersucht, den Graf rc. von Blücher im Betretungsfalle zu verhaften und auf dem kürzesten Wege unter sicherer Bedeckung mir vorführen zu lassen. Simmern in Rheinpreußen, den 11. Januar 1877 Der königliche Staatsprokurator."

auch gewählt worden), die Partikularisten und Ultramontanen Kaufmann Majerus aus Marburg und die Sozialdemokraten den Gutsbesitzer Leuner aus Niederwalgern. Die Kampfweise der Gegner ist den Parteigenossen ja überall bekannt, Beeinflussung der Wirthe betreffs der Lokale, Lüge, Verleumdung und gefüllte Geldsäcke, außerdem eine genügende Portion Feigheit. Nirgends im Wahlkreise war es uns möglich, mit denselben in Versammlungen in offenen Kampf zu kommen, außer in unserer Nachbarstadt Kirchhain. Dort, wo sie allen Boden bereits verloren, suchten sie noch am letzten Abend vor der Wahl Bauernfängerei zu treiben, doch rechtzeitig benachrichtigt eilte ich dorthin und traf denn zu meinem größten Erstaunen die Hauptagitatoren der vereinigten Conservativ-Liberal-Fortschrittlichen. Professor Westercamp aus Marburg erhielt vom Vorsitzenden das Wort mit unbeschränkter Redefreiheit und dann sollte jeder weitere Redner 15 Minuten sprechen. Derselbe erging sich nun eines Langen und Breiten über unsre Reichsherrlichkeiten, lobte Kaiser, Bismarck und unsre treffliche Armee, schimpfte in gewohnter Weise auf die Sozialdemokratie. Seine Partei gönne jedem Menschen was ihm gehöre, die Arbeiter möchten sparen, sie, die Professoren, seien auch Arbeiter u. dergl. Quark mehr. Er betonte, er sei auf keinen gelehrten Vortrag vorbereitet, worauf ihm von Hunderten aus der Versammlung trefflich entgegengerufen wurde: dies ist traurig genug, wenn ein Professor keinen gelehrten Vortrag zu halten im Stande ist. Nun, diesen Weisheitskrämer führte ich in den nächsten 15 Minuten so glänzend ab, daß ihm jede weitere Lust zum Redeturnier verging. Alsdann kam Professor E. . . (?) aus Marburg an die Reihe, ein Held, welcher schon so manchmal weidlich hinter verschlossenen Thüren über uns geschimpft. Was hatte derselbe in seinem Stoß Akten zur Widerlegung der Sozialdemokratie? Dieselben wollten die Ehe abschaffen; Beweis: die Rede Hasselmann's im Reichstage und einige Citate von Bracke über diesen Punkt. Es war mir ein Leichtes, unter dem allgemeinen Beifall der Versammlung nachzuweisen, daß unter unsern heutigen sozialen Verhältnissen bei den Arbeitern in Stadt und Land die Ehe thatsächlich vernichtet und bei den Reichen nur ein Geld- und Spekulationsgeschäft sei. Dann wollten die Sozialdemokraten die Religion vernichten; Beweis: daß vor einigen Jahren ein hervorragender Sozialist im Rathhaussaale zu Marburg erklärt habe, „er sei Atheist, ein Gotteslängner". Auch mit diesem akademischen Bürger wurde ich in einigen Redegängen soweit fertig, daß der Vorsitzende erklärte: Es ist Zeit, daß die Versammlung geschlossen wird, warum? Dem Fuchs hingen die Trauben zu hoch. Kirchhain hat auch durch seine treffliche Haltung an demselben Abend sowohl, als am nächsten Tage bewiesen, daß es getrost in den Reihen der Arbeiterbewegung marschiren kann. Ueberhaupt ist die Wahl lehrreich; die Landbevölkerung hat bei der vorigen und diesmaligen Wahl die meisten Stimmen der Sozialdemokratie gegeben. Sind wir auch unterlegen, so haben wir doch muthig und ehrlich gekämpft, und wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo bei geregelter Agitation und Organisation der Wahlkreis uns gehören wird. V. H. Schneider.

PS. Die Marburger Gesinnungsgenossen sagen hiermit unserm Freund Hempe in Frankfurt a. M. ihren innigsten Dank für seinen ausgezeichneten Vortrag, den er im hiesigen Rathhaussaale gehalten hat. D. O.

Erfurt, 13. Januar. Den Parteigenossen resp. Lesern des „Vorwärts" ist bekannt, daß ich im Monat November v. J. 26 Tage ohne einen ersichtlichen Grund in Zeitz inhaftirt wurde. Jetzt kommt eine „Anklage" und findet die Verhandlung am 26. Januar in Zeitz statt. Majestäts-, Bismarck- und Bürgermeister-Beleidigung ist der Anklage zu Grunde gelegt, deren That ich mir jedoch nicht bewußt bin. In Teuchern hielt ich am 3. November v. J. einen Vortrag, bei dieser Gelegenheit soll das „Verbrechen" begangen sein. — Wollen's abwarten, was darnach kommt. F. Klute.

Zu den Reichstagswahlen.

Engere Wahlen.

Grillenberger in Nürnberg erhielt 12,089 Stimmen, der fortschrittliche Gegencandidat 12,625. Somit ist trotz der riesigen Anstrengungen unserer braven Parteigenossen in Nürnberg unser Candidat unterlegen.

In Altona-Iserlohn siegte in der Stichwahl Kreuz (liberal) über Overweg (freiconservativ). Klerikale und Sozialdemokraten stimmten vielfach für ersteren.

W. Bock in Gotha hat 6050 Stimmen erhalten, der liberale Gegencandidat 6809. Auch in Gotha also sind die Unseren trotz großer Anstrengung unterlegen. Die auf Bock vereinigten Stimmen bilden aber für jene Gegend einen großen Erfolg unserer Sache.

Ausschluß sämmtlicher Maurer und Zimmerer Altonas.

Die gute Organisation der Maurer und Zimmerleute, sowie die Opfermüthigkeit der Arbeiter Deutschlands im Allgemeinen, brachten es vor drei Jahren fertig, daß das boshafte Mittel der Arbeitsausschließung, durch welches man den Bauarbeitern Hamburgs alle mit so großen Opfern erzielten Errungenschaften mit einem Schlage vernichten wollte, schmählich scheiterte. Nach kaum drei Jahren muß es noch allen Maurern und Zimmerleuten frisch im Gedächtniß sein, welche schamlosen Anforderungen die resp. Meister und Bauübernehmer an ihre Gesellen stellten. Einmüthig wiesen die Arbeiter dieses freche Ansinnen zurück. Der Kampf, welcher nun folgte, war ein harter; 22 Wochen bedurfte es, um die Ausschluß-Meister eines Besseren zu belehren, 22 Wochen lang wurde die gesammte Bevölkerung durch die Provocation der Arbeitgeber in Handel und Gewerbe geschädigt. So große Opfer auch dieses kostete, so waren doch diejenigen der vereinigten Arbeitgeber geradezu unberechenbar. Erst als mehrere dieser Waghälse schwer an ihrem Gute geschädigt, und der Meisterbund als solcher nicht im Stande war, die nicht so reich Begüterten davor zu bewahren, kamen Viele zur Besinnung. Es konnte ja auch nur im Interesse der großen Meister liegen, die kleinen Meister bei ihrer geringen Widerstandsfähigkeit (weil ihr Geldsack nicht so groß) schutzlos zu lassen und dadurch deren Concurrenz zu beseitigen. Einige Meister schauten diesen Herren hinter die Coulissen, sahen das Ungerechte dieses Vorgehens ein und betheiligten sich nicht an dem Ausschluß. Dieselben schützten sich und ihre Arbeiter vor Schaden und stiegen in der Achtung bei der gesammten Bevölkerung.

Nach so schlimmen Erfahrungen, die die Ausschlußmeister durch reinen Uebermuth machen mußten, ließen sie die Arbeiter unter besseren Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen, als sie dieselben verlassen mußten. Man hätte nun denken sollen, daß Erfahrungen auch solche Leute klug machen; aber dies scheint nicht der Fall bei der Altonaer Bauhütte zu sein. Bei der energischen Haltung der Bauarbeiter Hamburg und Altonas, dem Ausschluß gegenüber, sollte es den Arbeitgebern in Altona, Ottensen und Umgegend doch einleuchten, daß es besser für beide Theile sei, in friedlichen Einvernehmen zu leben, um so mehr, da von Seiten der Maurer und Zimmerer in Altona, Ottensen und Umgebung seit einigen Jahren auch nicht die geringste Miene gemacht worden ist, neue Forderungen an die Meister zu stellen.

Bei der letzten Auszahlung des Lohnes nun im alten Jahre erklärten aber plötzlich die einzelnen Bauhütten-Meister ihren Gesellen: Wer für die, von der Bauhütte aufgestellte Lohntabelle weiter arbeiten wolle, der könne bleiben; die damit jedoch nicht einverstanden wären, seien hiermit entlassen.

Und Warum? Weil sie sich weigerten, einen Tarif anzuerkennen, nach welchem für 1877 die Arbeitszeit verlängert und Verkürzung der Löhne und Klassifizirung derselben eingeführt werden sollte.

In einer vorhergehenden Generalversammlung der Maurer und Zimmerer in Altona, Ottensen und Umgegend wurde dieses Ansinnen der Bauhütte einstimmig zurückgewiesen, worauf nun der Ausschluß erfolgte, um die Gesellen durch Hunger mürbe zu machen.

Die Zahl der Ausgeschlossenen ist eine beträchtliche, alle Tage kommen neue Kameraden hinzu, und leider sind es meistentheils Familienväter.

Maurer und Steinhauer Deutschlands! Ihr wißt, welche Rolle die Meister Hamburgs seiner Zeit spielten; solches soll nun von den Meistern Altonas nachgeäfft werden. Ihr wißt, daß das Einkommen der Meister in den letzten 5—6 Jahren sich vervierfacht hat, und unsere Löhne sich nur um einen Bruchtheil, infolge heißer Kämpfe in den größeren Städten und der guten Organisation der Maurer und Zimmerer, gebessert haben.

Jene Herren begnügen sich nicht mehr mit der Einführung von Arbeitsbüchern, Entlassungsscheinen, Werkstellen-Ordnungen ꝛc., sondern sie geberden sich wie die Sklavenhalter, welche den Arbeitern den letzten Rest des Selbstbestimmungsrechts nehmen wollen.

Wir appelliren nun an den brüderlichen Sinn aller Bauarbeiter Deutschlands, diesem Treiben der Arbeitgeber in Altona ihre Mißbilligung zu zeigen. Dies können wir am besten dadurch ausdrücken, wenn wir den Ausbeutergelüsten mit allen uns gesetzlich zustehenden Mitteln ruhig und ernst entgegentreten, und keine Opfer scheuen, um unserer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen.

Einstimmig haben die Maurer und Zimmerer in Altona, Ottensen und Umgegend beschlossen, wenn die Meister ihnen den Kampf aufbürden würden, den Fehdehandschuh aufzunehmen, und nicht eher zu ruhen, als bis die Meister ihr unzeitgemäßes Ansinnen zurückgezogen und unter den alten Abmachungen, welche für die Bauhandwerker Altona's u. s. w. maßgebend sind (die Lohntabelle von 1875 wurde zum Unterschiede der für 1877 von den Meistern und Gesellen gemeinsam berathen), weiter arbeiten lassen.

In erster Linie handelt es sich darum, den Zuzug fernzuhalten. Die Altonaer Meister werden sich alle Mühe geben, um mit den täuschendsten Versprechungen Leute heranzuziehen, welche an unserer Stelle die Arbeit machen sollen. Wir erwarten, daß sich Niemand von Euch dazu verleiten läßt, zudem es sich ja nur um Aushilfe handeln könnte. — Aber dieses Eine genügt nicht, wir müssen auch unsere Genossen mit Geldopfern unterstützen, wenn sie überhaupt aushalten sollen. Haltet daher überall Zusammenkünfte ab, um Euch wegen freiwilliger Sammlungen zu verständigen. Wir wissen wohl, daß es gegenwärtig viele Arbeitslose giebt, welche selbst nichts haben; aber wenn nur Diejenigen, welche arbeiten, ihr Scherflein dazu beitragen, wird es möglich sein, unsere Kameraden vor dem Untergange zu retten. Bedenken wir, daß es nicht nur gilt, die sogenannte „Altonaer Bauhütte" zu bekämpfen, sondern die Mitglieder derselben sind auch Mitglieder des „Norddeutschen Baugewerk-Vereins", sowie Letzterer dem sich jetzt in ganz Deutschland breit machenden „Verband deutscher Baugewerksmeister" angehört. Hier haben wir es also mit den Mitgliedern einer „Vereinigung" zu thun, die Ihr größtentheils Alle kennt, unter deren Druck Ihre Alle leidet — und deren höchster Zweck die Unterdrückung der Arbeiter ist.

Kameraden, wir appelliren nicht nur an Euer Mitleid, sondern ebenfalls an Euer Verständniß. Bedenkt, wenn Altona fällt, kommen bald andere Städte an die Reihe; siegt hingegen Altona, so kommt es Allen zu Gute.

Die Altonaer Kameraden haben das Versprechen gegeben: „Fest zu halten für die Gemeinsamkeit"; möge die Gemeinsamkeit dieselben denn auch vor dem Hunger zu schützen suchen.

NB. Wegen planmäßigerer Uebersicht der Unterstützungsfrage wolle man alle Gelder an den Bundes-Kassirer des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes, H. Walther, Jacobikirchhof 29, Hamburg, unter dem Vermerk: „Für die ausgeschlossenen Maurer", senden.

Die Adresse des Unterstützungs-Comité's der vereinigten Maurer in Altona ist:

gr. Westerstraße Nr. 28.

Hamburg, im Januar 1877.

Mit brüderlichem Gruß

Der Ausschuß des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes.

Oeffentliche Quittung.

Für den Wahlfond hat A. Geib in Hamburg seit dem 28. November erhalten:

Altona v. K. 3,00; Halle d. Rödiger 12,00; London d. J. Morf v. C.-Arb.-B.-V. 36,30; do. 40,80; Bremerhaven vom Verbrüderungsfest d. Fellermann 40,15; Hamburg v. Verbrüderungsfest der Tischler 40,72; do. v. Werner's Möbelfabrik d. Kursus 12,00; do. v. E. A. P. 6,00; Ulm d. L. Reisbach 15,00; London v. Valentine Wolff 19,27; Freden v. einer Kindtaufe d. F. Barhten 1,30; Danzig d. E. Dyck Liste 3274: 21,00; Genf v. Société allemande d. Roth u. Wilhelm 624,51 nebst 80,64 u. 48,38; Groß-Auheim d. Bergmann 6,00; Merseburg d. M. Fichtler 0,70; Minden i. W. Liste 3523: 1,00; Liste 3526: 1,75; Liste 3527: 2,80; Düsseldorf d. N. N. 6,00; Gaislingen v. J. B. 5,00; Chemnitz Liste 4 d. Knof 4,10; Heilbronn d. G. Kittler 1,00; Berlin Cig.-F. v. Schrader d. Sommer 40,00; do. Cig.-Arb. David 1,50; Reiherstieg Liste 3572 durch Schilling 1,00; Kaufbeuren Liste 2167: 2,00; Lauenburg d. Voß Tellersammlung 10,75; Oggersheim d. Queva 1,40; Frankfurt a. M. v. L. Opificius 15,00; Schwabach v. F. Muscat 7,00 u. 3,00; Heidelberg d. J. Nething 10,00; Hamm u. Horn d. Koch 5,50; von 1 Parteigenossen aus der bayer. Vorderpfalz 50,00; Ursprung d. Andig 2,50; München v. Schneidermstr. Hedl 10,00; Leipzig Liste 3981: 4,50; Bremerhaven d. H. N. Kaht 3,15; Kaufbeuren Liste 2165 d. Neuhauser 2,76; Leckhausen Liste 1248: 3,20 (darunter 1,20 von 16 regelmäßigen Steuerzahlern); Pegau Liste 1271 d. Weiß 1,90; Stockholm v. Posnanski 2,00; do. v. sozial. Mitgliedern d. deutschen Vereins 17,78; Oberutzwyl v. Weidenauer 1,20; Delmenhorst Eisner f. B. u. J., Hamb., 6,00; Wiesbaden Liste 3522 d. Wieger 2,00; Stelling Liste 3400: 3,35 u. Liste 3398: 5,70; Deuben v. Genossen in Weißig 1,70; Lambrecht d. A. Richter 2,20; Mannheim d. F. J. Ehrhardt 100,00; Bergedorf Liste 83 d. Wiese 3,50; Groitzsch Listen 1236, 1241, 1242: 11,64; Worms d. Oswald 0,55; Mutterstadt d. J. Schmalbach 5,00; Baden-Baden Liste 2348: 1,20; Dresden Liste 2512: 10,25; Pegau Listen 1267, 1270, 1273 u. 1274: 4,88; Straßburg i. E. von Parteigenossen d. E. Schilde 52,46; Heidelberg v. Weihnachtsfest der Schuhmacher d. Burger 6,00; Hohenfelde v. Werner's Tischlerw. d. Markmann 8,15; Löbau v. Parteigenossen d. Böhmer 3,15; Treuen v. Parteigenossen d. Auer 5,00; Breslau v. Dr. K. d. Just 3,00; Leipzig v. Club „Morgenroth" 15,00; do. Liste 3995 d. Jansen 6,45 u. Liste 3997: 1,65; do. Weihnachtsfest v. Arb.-B.-V. 16,00; do. v. Dr. T. 10,00; do. Liste 1035 v. Dohne in Volkmarsdorf 4,00; do. Liste 3998 d. Müller 3,95; do. d. Fink 16,70; Ebersdorf Liste 20,88: 0,20; Osnabrück vom Arbeiter-Sängerbund 100,00; Harburg d. D. Steffens 100,00; Verden d. A. Müller 36,80; Kalk d. W. Eckert 30,00; Basel v. deutschen Verein d. Hofmann 32,25; Wandsbeck d. J. Jahncke 9,00; Mainz v. J. M. Hirsch 15,00; Berlin v. Dr. Stamm 5,00; Bautzen v. Sch. 5,00; Vorst v. H. Raves 1,40; Chicago v. Roeder u. Schranz 7,00; Schwerin v. Hofbaurath Demmler 50,00; Hürben v. S. Fischer 2,00; Berlin v. R. Pastor 5,00; Dresden v. Hochgürtel 3,00; Linden v. Arbeitern d. M. W. d. Karbe 14,41; Kiel d. C. Starck 100,00; Neumünster d. Plamdeck 50,00; Treuen d. L. v. A. Pomper 9,00; Harzburg v. Arb.-G.-B. 10,00; do. v. W. 3,00; Heilbronn v. d. Parteigenossen d. Kittler 9,20; Fulda v. A. Klagas 1,00; v. St. ges. 1,73; d. H. Fuchs 1,27; do. v. Kircherapp 3,00; Werdau v. Volks-B. 10,00; Darmstadt d. A. Feuchtmann 30,00; Husum d. J. Koopmann 8,00; Reutlingen d. C. Walz Ueberschuß v. Christbaumfeier 20,00; Mannheim v. d. Partei-G. d. Königshausen 40,00; Bruchsal v. Franz Fischer 2,00; Erfurt v. N. N. 10,00; Apolda d. J. Dorn 9,50; Rostock ges. v. 14 Buchdr. d. B. Boese 6,00; Berlin v. Herm. Dewitz 20,00; Augsburg d. Endres v. F. M. 2,00; do. v. G. St. 0,50; Danzig v. Za. 5,05; Berlin A. 10,00; do. v. C. A. 300,00; Leipzig d. H. Jansen 17,50; do. Liste 3985 d. Kaiser 3,80; do. d. Benneroitz 1,50; Jarotschin v. Joh. Blum 3,00; Oldendorf b. Melle v. Parteig. d. G. Hartmann 12,00; Saarbrücken vom verlorenen Posten d. L. Struttmann 17,30; Frankfurt a. M. v. E. Lehm 3,00; do. v. G. S. d. A. Sabor 10,00; do. von A. Sabor 15,00; Tönning d. A. Lange 12,00; Dortmund von A. Kretzschmar 1,50; Pforzheim v. L. S. 2,00; Stuttgart von Th. K. 20,00; do. v. d. Parteig. d. Wannenwetsch 100,00; Düsseldorf v. Hugo Wiskoff, Rentner, 5,00; Geislingen v. J. B. 5,00; Amsterdam v. X. Y. Z. 50,00; Harstedt d. C. Grope 18,65; Brandenburg v. Cig.-Arb. d. Köhler 28,00; Osnabrück v. d. Pionier d. L. Himmermann 50,00; Biberach v. Gesinnungsgenossen d. Bopp 4,00. (Schluß folgt.)

Briefkasten

der Redaktion. B. in Göppingen: Keinen Originalbericht erhalten; nehmen von Ihnen gern Correspondenzen entgegen. — E. R. in Minden: Uns nicht erinnerlich. — A. K. in Kempten: In Nr. 6 stand schon ein Bericht über die Versammlung. — A. G. in H.: Der Verleger und Redakteur der eingegangenen „Friedens- und Freiheitspost" heißt John Reitenbach in Plicken bei Gumbinnen. — E. H. in Ottensen: Für die Freitagsnummer zu spät eingetroffen.

Den Herrn Tischler P. Müller fordere ich hiermit auf, den Sammelbogen (von der Parlamentswahlkasse) Nr. 3918 mir einschicken zu wollen.

Parteigenossen ersuche ich den P. Müller auf die Notiz aufmerksam machen zu wollen.

P. Hundt, Agent für Barmbeck, Hamburg per Adresse Herr Schuldt, Uhlenhorst, Canalstraße Nr. 32.

Quittung. Bchhm hier Ab. 2,00. Hüll Ab. 8,80, Schr. 6,65. Kbtzsch Dresden Ab. 95,00. Arb.-Bild.-Ver. Dresden Ann. 3,00. Brnkmnn Hemme Ab. 6,00. Jgr Stockum Ab. 4,70. Knn hier Ab. 1,80. Grmm Frankfurt Schr. 4,55. Grbnstn Lindenau Schr. 3,45. Ws Christophsgrund Ab. 6,40. W. C. St. Johann Ab. 1,25. Krschm Dortmund Ab. 1,00. Lmp Hannover Ann. 0,60. Rdlph Hannover Ann. 2,30. Ufrt Weimar Schr. 2,75. Gewerkschaftsverein der Eisen- und Metallarbeiter Wien Ab. 10,00. Mrplvcs Neusatz Ab. 2,43. Schck Hauptstuhl Ab. 3,00. Smbdr Eistra Schr. 2,70. Bill Dresden Schr. 3,00. A. Nrg Mauche Ab. 2,65. Schndnbch Brunndöbra Schr. 3,50. Exp. der „Wahrheit" Breslau Ab. 1000,00. Fr. Engl Neudnitz Ab. 121,50.

Erh. d. Brückmann v. Tondern 9,00. Flensburg Leiding. Vom Parteigenossen H. Fchs i. Fulda 3,00 f. Wahlagitation erh. J. Jobru.

Wahlfonds.

Vom Gemeindeverein Lindenau d. Ritzschmann 6,00. Lindenauer Schuhmacher-Gewerkschaft 9,94. Bibliogr. Institut Neudnitz-Leipzig v. Setzern u. Maschinenmeistern 5,25. Von Parteigenossen in Thonberg 6,00. Von Cigarrenarbeitern der Fabrik Cichorius 4,80. Von C. hier 3,00. F. i. Leutsch 5,75. J. S. L. L. M. P. B. 2,00. Kunzia hier 2,20. Aus der Fabrik v. D. u B. 6,30. Sch. u. Sch. 6,20. Geschwister Gotthard hier 3,00. Blüthners Fabrik d. B. 8,25. Liste 95 d. Kst Plagwitz f. Hßlm Wahl 6,05. G. Hdl Lichtenau 4,50.

Wir bitten die Parteigenossen, weitere Sammlungen für den Wahlfonds vorzunehmen und die noch ausstehenden Listen schleunigst abzuliefern, die Stichwahlen erfordern große Opfer.

Für das Central-Wahl-Comité:
Peter Krebs, Kassirer.

Fonds für Gemaßregelte.

Vom Arbeiterbildungsverein Leipzig 34,70. Für Parteizwecke von S. in B. 200,00. Unter der Devise „Die Wuth der Fortschrittler und National-Servilen erheischt zur Stichwahl eine weitere Rate von 200,00 D. M."

Anzeigen ꝛc.

Annoncen für die Mittwochs-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitags-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoncen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts".

Cöln. Fachverein der Tischler Cölns und Umgegend.

Generalversammlung.

Tagesordnung: Endgültige Besprechung über die Auflösung des Fachvereins. [0,70

Mitgliedskarten sind nach § 7 der Statuten vorzuzeigen.

Der Vorstand.

Hannover. Alle diejenigen Parteigenossen, welche noch Wahlutensilien im Besitz oder sonst noch Geschäfte mit dem Wahlcomité abzuwickeln haben, werden ersucht, bis zum 28. Januar die Sachen bei mir in Ordnung zu bringen. (F. 161) 60]

H. Rudolph, Vorsitzender des Wahlcomités, Mittelstraße Nr. 11.

Leipzig. Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Sonnabend, den 27. Januar, Abends 8 Uhr, in der Restauration von Jul. Menzel, Täubchenweg: **Versammlung.** Tagesordnung: Gewerkschaftliches. [0,40

Avis für Zimmerleute!

Da wir **Altonaer Zimmerer** seit dem 2. Januar von unseren Meistern und Arbeitgebern ausgeschlossen sind, dieweil wir auf den uns von obengenannten Herren vorgelegten Lohntarif nicht eingehen konnten, bitten wir vor allen Zuzug zu warnen und Dieses so viel wie möglich zu verbreiten.

Altona, den 16. Januar 1877. (3c)

Die Commission. [90

Notiz!

Herr Buchbinder Jansen, Unternehmer und Verfertiger der **Einbanddecken** zur „Neuen Welt", hat uns trotz wiederholter Reklamationen mit der Lieferung der Decken im Stich gelassen, was wir, um den zahlreichen Reklamationen zu begegnen, hiermit bekannt zu machen uns gezwungen sehen.

Leipzig, 23. Januar 1877.

Die Expedition der „Neuen Welt".

Verantwortlicher Redakteur: W. Hasenclever in Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig